

Presseschau 22.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, russland.ru, Gebietszeitung Sewastopol, , Agentur Kriminform,

Ukraine allgemein / Russland:

- In der Ukraine wurde die Generalstaatsanwältin der Krim, Natalja Proklonskaja, zur Fahndung ausgeschrieben. Sie wird des „Verrats in einer kriminellen Gruppe“ beschuldigt. Die Staatsanwältin hatte sich offen gegen die Machtergreifung der Euromaidaner in Kiew gestemmt und ihre Meinung stets offen vertreten. Eine gewisse Berühmtheit hat Proklonskaja, da sie außerdem ein gefragtes Model ist und viele ihrer Reden als Videomitschnitte im Internet häufig gesehen werden.
- Die Dienste VISA- und MasterCard haben gestern ihre Dienstleistung für die von Sanktionen betroffenen russischen Banken eingestellt. Dies bringt für die Nutzer dieser Kreditkarten einige Probleme.
Heute wurde jedoch verkündet, dass Russlands Banken längst ein Kreditkartensystem entwickelt haben, das als Zahlungsmittel landesweit einsetzbar ist, sich bisher jedoch nicht durchsetzen konnte. Durch die Sanktionen wird dieses System nun jedoch stärker genutzt werden, da es mehr Unabhängigkeit von Amerika bietet.
- Die USA sind vorerst nicht in der Lage, Gas nach Europa zu liefern, wie Jen Psaki, Sprecherin des US-Außenamtes, am Freitag Journalisten mitteilte.
„Für uns ist es wichtig, die Ukraine und unsere Partner in Europa zu unterstützen“, sagte sie. „In der jetzigen Etappe haben wir allerdings keine Objekte für den Erdgas-Export.“
Der Gasexport aus den USA könne frühestens Ende 2015 beginnen.
Zuvor hatten die EU-Länder die Europäische Kommission beauftragt, bis zum Juni einen Plan für die Verringerung der Abhängigkeit Europas von den russischen Energielieferungen vorzubereiten.
- **Nato**-Generalsekretär Rasmussen ist der Ansicht, dass die Ereignisse in der Ukraine den Prozess der Annäherung von Kandidatenstaaten mit der Allianz beschleunigen können.
„Ich denke, dass die Ereignisse der letzten Wochen sich darauf auswirken können“, sagte Rasmussen am Freitag. „Ich sehe das in der strategischen Perspektive.“
Ende Juni sollen die Nato-Außenminister diese Fortschritte in den **Kandidatenstaaten Georgien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Mazedonien** analysieren.
- Der Generalsekretär des Europarates Jagland forderte die Übergangsregierung in Kiew auf, die Vorgänge um die Scharfschützen auf dem Maidan umgehend aufzuklären, um noch mehr Spekulationen über die Geschehnisse zu vermeiden. Außerdem forderte er, dass die Beschlüsse der Vereinbarung vom 21. Februar 14, die in Anwesenheit verschiedener Außenminister der EU gefasst wurden, umgesetzt werden müssten. Jede weitere Verzögerung führe zur Deligitimation der Regierung und zur Destabilisierung der Situation im Land, sagte er der Deutschen Welle.

- Die radikale ukrainische Nationalistenbewegung Rechter Sektor hat bei ihrem Kongress in Kiew beschlossen, sich in eine politische Partei umzuwandeln. Wie aus der neu gegründeten Partei verlautete, soll der für seine extremistischen Ansichten bekannte Anführer des Rechten Sektors Dmitri Jarosch für die Präsidentschaft kandidieren.

Krim:

- Heute nimmt Simferopol Abschied von den in der letzten Woche durch einen Scharfschützen Ermordeten. Es handelt sich um einen ukrainischen Militärangehörigen und ein Mitglied der Selbstverteidigungseinheit der Krim. Außerdem wurden zwei Menschen verletzt, die zur Zeit in einem Krankenhaus der Krim behandelt werden.
Laut Staatsanwaltschaft ließ sich Folgendes rekonstruieren:
Die Selbstverteidigungskräfte trafen sich zu Gesprächen mit den ukrainischen Militärs auf der Straße vor dem Stützpunkt. Sie sprachen über Möglichkeiten des Abzugs, als das Feuer von einem Gebäude in der Nähe eröffnet wurde. Zuerst getroffen wurde der ukrainische Soldat, ein anderer wurde verletzt. Danach richtete der Schütze seine Waffe auf die Selbstverteidiger, ein 18jähriger wurde angeschossen. Ein ihm zu Hilfe eilender Kosake aus Wolgograd starb durch den Scharfschützen.
Da die Vorgänge direkt an die Schießereien auf dem Maidan erinnern, geht die Staatsanwaltschaft von einer gezielten Provokation aus, die die Lage auf der Krim destabilisieren sollte.
- Auf der Krim gab es gestern ein Gespräch eines Regierungsvertreters mit dem UN-Beauftragten für Menschenrechte. Es wurde über eine Beobachtermission gesprochen, die die Wahrung der Menschenrechte in der Region einschätzen soll.

Ostukraine:

- In Donezk wurde ein Mitorganisator der Bewegung verhaftet, die ein Referendum für die Donbassregion fordert.
- Einige tausend Menschen demonstrierten in Donezk gegen die Repressalien der aktuellen Regierung in Kiew und für die Freilassung ihrer politischen Gefangenen.
- Das Gericht in Odessa verweigerte das Verbot der morgigen Massendemonstration der prorussischen Odessiten, das die Gruppe der Euromaidaner aus Odessa beantragt hatten..